

DER MAGISTRAT

Frankfurt am Main, 21.12.2012

Dezernat: IX Wirtschaft, Sport,
Sicherheit und
Feuerwehr

Eingang Amt 01: 02.01.2013, 09.35 Uhr

Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung

B 560

R - StR Markus Frank
V
B

Betreff

(K)Einzelfall: Rassismus bei Kontrollen der Polizei und der VGF

Vorgang

a) Beschluss der Stadtverordnetenversammlung	vom 15.11.2012	§ 2343
b) Antrag der	vom	NR
c) Etat-Antrag der	vom	E
d) Anregung des Ortsbeirats	vom	OA
e) Etat-Anregung des Ortsbeirats	vom	EA
f) Anregung der KAV	vom	K
g) Anfrage der ELF Piraten-Fraktion	vom 07.11.2012	A 243
h) Initiative des Ortsbeirats	vom	OI
i) Beschluss des Ortsbeirats	vom	§
j) letzter Bericht des Magistrats	vom	B

Vertraulich: ja nein

Anlage(n):

Begründung der Vertraulichkeit:

- Der oben bezeichnete Beschluss lautet:
 Die oben bezeichnete Anfrage lautet:
 Die oben bezeichnete Initiative lautet:

"Die Frankfurter Rundschau berichtete vom Fall unseres Mitbürgers Derege Wevelsiep. Er wurde mit seiner Familie von Kontrolleuren laut Pressebericht mit den Worten "Wir sind hier nicht in Afrika" rassistisch gedemütigt und anschließend von vier Polizistinnen und Polizisten geduzt, beleidigt, gefesselt, verprügelt und bewusstlos ohne Hilfeleistung liegengelassen, während sie seine Wohnung durchsuchten. Einen von seiner Verlobten gerufenen Rettungswagen wollten sie nach diesen Berichten wegschicken, trotz der lebensbedrohlichen Bewusstlosigkeit.

Wir wissen, dass die Dunkelziffer von rassistischen Übergriffen der Polizei sehr hoch ist, da sie oft nicht zur Anzeige gebracht werden, allein schon wegen der gängigen Praxis, dass die Polizistinnen und Polizisten grundsätzlich Gegenanzeigen wegen Beleidigung oder Widerstand stellen und vor Gericht fast immer freigesprochen werden. Dennoch ist regelmäßig in der Presse von rassistisch motivierten Kontrollen und von Polizeigewalt, besonders gegen Menschen mit Migrationshintergrund, zu lesen - die Spitze des Eisbergs.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Magistrat:

1. Wie lauten die offiziellen Darstellungen der Polizei und der VGF in diesem Fall?
2. Wurden die beteiligten Polizistinnen vom Dienst freigestellt/suspendiert?
3. Auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgte der Freiheitsentzug des Herrn Wevelsiep mit der anschließenden Beleidigung, Misshandlung und Wohnungsdurchsuchung? Würden Sie dies als übliches und rechtsstaatlichen Organen angemessenes Vorgehen bezeichnen?
4. Ist die Hautfarbe bei Polizeikontrollen in Hessen ein Kriterium?
5. Wieviele Beschwerden/Anzeigen gibt es jährlich über rassistisches Verhalten oder Polizeigewalt im Frankfurter Polizeidienst?
 - 5.1. Wieviele dieser Fälle beziehen sich auf rassistisches Verhalten, wieviele auf Polizeigewalt im Streifendienst, wieviele auf Polizeigewalt bei Demonstrationen?
 - 5.2. Wieviele Beschwerden über Beleidigungen, Pöbeleien oder rassistische Bemerkungen von Personal im Auftrag des RMV/VGF gibt es jährlich in Frankfurt?
 - 5.3. Wieviele dieser Fälle führten zu dienstlichen Konsequenzen?
 - 5.4. In wievielen Fällen wurde Gegenanzeige (Beleidigung, Widerstand etc.) gestellt?
 - 5.5. Gibt es Polizeireviere, die überdurchschnittlich häufig von solchen Vorwürfen betroffen sind? Falls ja, welche? Was unternehmen die Dienststellenleiter*innen zur Sensibilisierung und zum Deeskalationstraining in diesen Revieren?
 - 5.6. Wie hoch ist der Anteil der Frankfurter Polizistinnen und Polizisten, die auch im Großraum Frankfurt leben? Wie hoch ist der Anteil an Bediensteten mit täglichen Anfahrtswegen von mehr als 20, 50, 100 km?
6. Welche Maßnahmen ergreift die Frankfurter Polizei, um Übergriffe - insbesondere rassistischer Natur - zukünftig zu vermeiden und Bedienstete interkulturell zu qualifizieren?
7. Wie hoch ist der Anteil an Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund bei der Frankfurter Polizei?
8. Setzt sich der Magistrat auf Landesebene dafür ein, dass unabhängige Beschwerdestellen außerhalb der Polizeistrukturen eingerichtet werden?
9. Wie sollen sich Bürgerinnen und Bürger verhalten, wenn sie so von der Polizei behandelt werden?"

Zwischenbericht:

Bericht:

Der Magistrat hat von dem Vorfall Kenntnis genommen. Es ist klar, dass in der Stadt Frankfurt am Main kein Platz für Rassismus ist. Das Handeln des Magistrats ist davon bestimmt, dass Menschen aus 170 Nationen friedlich und sicher zusammenleben können. Der Magistrat beteiligt sich nicht an Vorverurteilungen. Der Magistrat unterstützt die Aufklärung des Vorfalls und begrüßt es ausdrücklich, dass Polizei, VGF und Staatsanwaltschaft den Vorfall genauestens untersuchen.

Zu Frage 1.:

Die Stellungnahme der VGF lautet wie folgt:

„Am 17.10. kam es gegen 22.30 Uhr auf der Linie U4, Fahrtrichtung Seckbacher Landstraße/Enkheim, in der Station Bornheim Mitte zu einer Fahrscheinkontrolle, in deren Verlauf Frau S., lt. dessen Erklärung die Verlobte von Herrn Derege Wevelsiep, nicht mit einem gültigen Fahrschein angetroffen und durch die Kontrolleure zur Personalienaufnahme gebeten wurde. Es handelte sich um eine übertragbare Monatskarte, die zum Zeitpunkt der Fahrkartenprüfung abgelaufen war und vom Fahrkartenprüfer auf Grundlage der Beförderungsbedingungen des RMV beanstandet und eingezogen wurde. Während dieses routinemäßigen Vorgangs, zu dem zwischenzeitlich Herr Wevelsiep hinzugekommen war, kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung. Von den Fahrkartenprüfern wurde - was in solchen Fällen das übliche Verfahren ist - die Polizei angefordert. Über die Vorfälle, nachdem die Polizei die Überprüfung der vorgenannten Personen übernommen hatte, hat die VGF keinerlei Kenntnis.“

Zu den Fragen 5.2. und 5.3.:

Der VGF wurden im Jahr 2011 bis zum 09.11.2012 bei insgesamt etwa 2 Millionen überprüften Fahrgästen lediglich 22 Beschwerden über das Verhalten von Fahrausweisprüfern vorgebracht. Nur in einem Fall wurde einem Prüfer ausländerfeindliches Verhalten unterstellt. Jeder Beschwerde wird intensiv nachgegangen und ist zumindest Gegenstand einer intensiven Nachbetrachtung im Rahmen der obligatorischen vierteljährlichen Nachschulungen der Fahrausweisprüfer. Für dienstrechtliche Beschwerden gab es bislang keinen Anlass. Darüber hinaus wird die VGF in nächster Zeit einen externen Dienstleister damit beauftragen, durch Fahrgäste mit scheinbar ungültigem Fahrausweis, die Einhaltung der vorgegebenen qualitativen Standards bei der Fahrausweiskontrolle zu überprüfen und damit letztlich zu gewährleisten.

Das Polizeipräsidium hat mitgeteilt, dass es sofort die Ermittlungen eingeleitet hat und diese zurzeit noch nicht abgeschlossen sind. Daher ist es momentan nicht möglich, die übrigen Fragen vollumfänglich zu beantworten. Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird der Magistrat berichten. Die weiteren Fragen, die unabhängig vom Vorfall sind, wird der Magistrat recherchieren und beantworten.

Bereits heute kann mitgeteilt werden, dass die Vermittlung von interkultureller Kompetenz bereits ein wesentlicher Bestandteil des Studiums an der Hochschule für Polizei und Verwaltung ist. Losgelöst davon ist die weitere Fortbildung der Polizeibediensteten orientiert an der Stärkung dieser Kompetenz. Dies wird, bezogen auf die Polizeibehörde in Frankfurt am Main, auch dadurch deutlich, dass die Migrationsbeauftragten der Polizei konkrete interkulturelle Bildungsarbeit leisten. So werden die Bediensteten durch das fachkundige Personal zu den Themen „Interkulturelle Kompetenz“, „Dialog zwischen Polizei und Muslimen“ oder auch über die Besonderheiten des Themas „Häusliche Gewalt in Migrantenfamilien“ fortgebildet. Fortbildungen in „Sozialer Kompetenz“ sind bei der Polizei selbstverständlich.

In den Jahren 2010 und 2011 lagen die Einstellungszahlen junger Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 15 % und 17 %. Gerade im großstädtischen Raum ist die Polizei bemüht, verstärkt junge Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeivollzugsdienst zu gewinnen. Dies geschieht nicht nur wegen der hohen interkulturellen Kompetenz, die diese Beamtinnen und Beamten als Multiplikatoren in den täglichen Dienst einbringen. Dies geschieht auch, weil die Lebensrealität in der Stadt Frankfurt am Main durch einen hohen Anteil an Migranten geprägt ist und sich sinnvollerweise auch dieser Umstand in der Struktur der Polizeibediensteten in unserer Stadt spiegeln soll.

gez.: Feldmann
begl.: Lenz